ALLES VERWECHSELN UND GUT AUF LINIE

Neben und als Ergänzung zu "Frankfurter Rundschau", "Süddeutscher Zeitung" und "Spiegel" gibt es für besonders kritische Geister die "taz", mit der diese ihre bewegte Vergangenheit in die Biokost-Gegenwart hinüberretten - als Grün-Wähler und "taz"-Leser. Bei deren Lektüre braucht niemand auf alte, liebgewordene Oppositionsgefühle zu verzichten; die werden von der "alternativen" Tageszeitung gut bedient - nur wie!

"Plutonium-Sumpf"

5

10

15

20

25

30

35

40

Es gab einmal den öffentlich demonstrierten Verdacht, die Bundesregierung würde sich mit dem Bau von AKWs über die Gesundheit und das Leben ihrer Bürger frech hinwegsetzen. Das Ansehen der friedlichen kleinen Gemeinschaft BRD, die mit Atombomben nichts am Hut habe, wurde angezweifelt - siehe Wackersdorf. Heute reichen Politiker freigebig und offiziell die Fakten für die matten Verdächtigungen von damals nach - und die "taz" ist so skandalbegeistert, daß sie nur noch positiv an den verlautbarten Sorgen der politischen Macher zu Hanau weiterdenkt.

Bei kritischen Geistern, die sich noch nie Illusionen gemacht haben wollen, weil sie "in diesem System" alles für möglich, aber nichts für notwendig halten, gerät die Entlarvungsfreude noch grundsätzlicher als beim "Spiegel". Nach Hanau hat die Politiker, die sich Fabriken zur Erzeugung und Veredelung eines staatlich geschätzten Rohstoffs hingestellt haben, und die Atomindustrie, die aus diesem staatlichen Interesse ein blendendes Geschäft macht, der "Atomfilz" ereilt. Von den Subjekten und ungemütlichen Zwecken dieser Staatsveranstaltung bleibt nur die Lächerlichkeit von betrogenen Betrügern, die jetzt in ihrer Scheiße waten. Vor lauter Schadenfreude werden die Mitteilungen was der Atomstaat BRD vermag und wozu er sich Hanau und anderes hält, für die belangloseste Sache der Welt gehalten. Wenn Politiker Kontrollbedürfnisse anmelden, also auf sachgemäßen Ausbau und Fortsetzung der Atomindustrie bestehen, ist das für die "taz" identisch mit einer Niederlage der "Atommafia":

"Nicht wenige bezweifeln, ob sich die Atomwirtschaft von dem neuen schweren Vertrauensverlust wird erholen können." (29.1.)

Eigentlich dürften Politiker, vom "taz"-Weltgeist bezwungen, keinen Gefallen an der von ihnen installierten Atomindustrie mehr haben können, wo die sie doch so hinters Licht geführt haben soll. Dafür sollen sie allerdings im Unterschied zur "taz"-Gemeinde - zu borniert und dogmatisch sein. Ihre Leser agitiert die "taz", sich abzuregen und jeden einstmaligen Betroffenheitsverdacht als Unterhaltungswert für die Pflege einer schlechten Meinung zu nehmen, die man sich dadurch verschafft, daß man jede politisch verlautbarte Interpretation für bare Münze nimmt und die Macher daran blamiert. Alternativ daran ist die haltlose Übertreibung.

Nichts von einer Ahnung, der Bau von AKWs und Nachfolgeindustrien wäre nicht sonderlich verträglich mit dem Lebensprogramm der Leute, sondern nur noch die moralische Entrüstung über Verstöße gegen ordentliche Politik und sauberes Geschäft: "Nukem - die verluderte Mutter im Hanauer Atomdorf"; "Schmuddelkinder der bundesdeutschen Industrie"; "Wie ein

Drogenkartell" - also ein Tusch auf die anständigen Geschäftspraktiken von Daimler, Hoechst und Klöckner und das Verlangen, daß unser Plutonium einer staatlichen Kontrolle und Regelung bedarf.

Die "taz" findet es interessant, daß "die Skandalbrüder der Transnuklear der geballte Zorn der
Atomgemeinde trifft". Dabei ist es wirklich egal, ob das für "Risse im Mafia-Bündnis" oder für
die Vorstellung, es ginge doch auch anders, stehen soll. Die engagierte "taz" Mannschaft erfindet
begeistert Spaltungstendenzen im Lager der Herrschenden und schmeichelt der Bewegung mit der
Lüge, dies sei ein Werk kritischer Öffentlichkeit: Die Selbstanzeige uon NUKEM halten sie glatt
für das Eingeständnis einer Niederlage der Atomindustrie und das Bekanntwerden unsauberer Geschäftspraktiken für ein probates Mittel, dieser Industrie die Hände zu binden.

So lassen sich "verunsicherte" und "ertappte" Schmuddelkinder richtig lieb gewinnen - das schafft Bombenstimmung in der "taz"-Redaktion:

"Deutliche Anzeichen der Verunsicherung." - "Atomgemeinde leckt ihre Wunden." - "Die Atomgemeinde betet sich gesund."

Bloß klamm-heimliche Freude ist der "taz" andererseits zu wenig politisch verantwortlich:

20

25

30

35

40

"Der Kampf zwischen Atomstaat und Rechtsstaat ist voll ausgebrochen. Es geht nicht mehr um Skandale, um Anklagen, um Korruptionen, es geht darum, daß die unübersehbare Verfilzung von Staat und Atomwirtschaft die ganze Bundesrepublik in unabsehbare Risiken stürzt... Jetzt wird entschieden, was in diesem Land der Atomstaat" (offensichtlich ein ziemlich außerirdisches Wesen!) "im Staat machen darf... Was braucht es eigentlich mehr, damit Parlamentarier begreifen,

daß es sich hier um eine Staatskrise handelt?" (14.1. - anläßlich des Verdachts, Gadafi könnte mit gutem deutschen Plutonium beliefert worden sein.)

Dieser alternative Bericht zur Lage der Nation will erklärtermaßen nicht irgend jemandem die Augen öffnen, sondern die wirklich Zuständigen an ihre Verantwortung erinnern. Damit ist nichts anderes mehr gefordert, als daß die Politiker ihren Worten - mit denen Töpfer, Wallmann und Weimar jetzt bestens dastehen auch Taten folgen lassen. Das Was und Wozu des eingeklagten staatlichen Handelns ist dann viel langweiliger als die aufregende Feststellung, jetzt selbst nicht mehr zwischen der schlechten Meinung über verlogene Politiker und der kritischen Hoffnung auf eben deren ehrliche Bemühungen unterscheiden zu können.

Die Bewegungsvielfalt, die die "taz" spannend findet, ist in Bonn angesiedelt. Was Hanau zwischen und in den Parteien angerichtet haben soll, ist ihr jede Entlarvung wert. Sortiert wird dieser hergestellte Einheitsbrei nach der unverdächtigen Meßlatte Macht. Da kommen die Grünen mit ihrer ewigen Fundi-Nörgelei an der SPD schlecht weg, während CDU-Abgeordnete, die jetzt ihr Saulus-Erlebnis: "Ausstieg, so schnell es geht" gehabt haben wollen, gleich in die

Redaktionsräume geholt werden. Dem "taz"-Interviewer leuchtet jedenfalls die Aussage eines Mitglieds des parlamentarischen "Schwarzen Blocks" ein:

"Wer, wenn nicht die CDU, will den Ausstieg aus der Atomenergie schaffen. Nur die CDU kann dies der Industrie beibringen." (11.2.)

Natürlich ist auch ein "taz"-Redakteur nicht blöder als die "Spiegel"-Kollegen und entdeckt so hinter den überraschenden "Einsichten" eines C-Politikers auch die Parteitaktik. Andererseits

dienen solche Beispiele als Kronzeugen dafür, daß sich auch in der CDU Ansätze einer Anti-Atom-Bewegung herausbilden, die sich den vorausdenkenden Ansichten der "taz" nicht mehr entziehen können.

Um so rückständiger das Verharren des Verfassungsgerichts auf längst überholten Positionen. Wer nämlich mit so verständnisvoller schlechter Meinung über Politiker und Staatsmenschen herzieht, dem fällt nur noch der schwache Charakter von Menschen ein:

"Hosenscheißer. Die Angst der Richter vor'm Atom.

Hätten die Karlsruher Richter ihre Aufgabe erfüllt und die Zwischenlagerung folgerichtig für unrechtmäaig erklärt, wäre das Entsorgungs'konzept' wie das berüchtigte Kartenhaus zusammengehagelt. Sie hätten den Zusammenbruch der Atomindustrie verkündet. Wer will es diesen acht roten Musketieren verübeln, daß sie dafür dann lieber doch 'nicht zuständig' sind?" (12.2.)

Die "taz" jedenfalls nicht sonderlich. Sie verwechselt lieber die staatliche Rechtssprechung mit einem Abschalten des Staates, die geschäftsmäßige Aufbereitung eines anfallenden nützlichen Rohstoffs mit einem Entsorgungs"problem" und eine fehlende Erlaubnis mit der Verhinderung der Atomindustrie. Dann leuchtet natürlich ein, daß es so radikale Richter in Karlsruhe nicht gibt.

"AufRuhr"-Solidarität

5

10

15

20

25

30

Ein Herz für "soziale Bewegungen" - das war schon immer alternativ; freilich schon immer vom abgehobenen Standpunkt einer Gesamtmenschheit aus gedacht, so daß so etwas Stinknormales wie eine vom Lohn lebende Arbeiterklasse, die daraus entstehenden Nöte und die dafür fälligen Kämpfe borniert und veraltet erschienen. Wenn eine ganze Nation ein Rührstück aufführt - 'Arme, aber arbeitsame Stahlarbeiter wissen sich keinen Trost, wir spenden welchen' -, ist auch die "taz" auf der Matte und überhöht das Schauspiel, bei dem die Opfer für die eigentliche Not des Kapitals, des deutschen Stahls, der Landesregierung Staffage stehen dürfen, zu einer Solidaritätsfeier, wie sie ihrer Lesergemeinde gefällt.

Sie ist so sehr auf Seiten der Betroffenen, daß sie keinen Gedanken auf die für Arbeiter unverträgliche Normalität kapitalistischer Kalkulation mit deren Arbeitskraft verschwendet. Vor allem weiß sie von keiner Forderung, die Arbeiter stellen könnten, außer den ihnen von der Gegenseite angetragenen Betreuungstiteln, so daß die Solidarität, die in der "taz" zu Ehren kommt, ihren Gegenstand je nach den neuesten Befriedungs- und Abregungstouren von Staatsmännern und vom DGB verpaßt bekommt: von "Rettung der Arbeitsplätze", "Erhalt des Stahlstandorts" über "Die Ruhr darf nicht sterben" bis zu "Ersatzarbeitsplätzen" und "Beschäftigungsgesellschaften".

Ihr spezieller Solidaritätsbeitrag ist die billige Entlarvungstour, daß außerhalb der "taz"-Redaktion (auch) nur Heuchler am Werk sind, die die Betroffenen vor Ort - und das sind vor allem die Betriebsräte von Rheinhausen - für ihre Zwecke einspannen. Das spricht nicht gegen deren Ansichten, sondern für ihr Geschick und für den Durchblick der "taz". Der Schimanski will natürlich nur für seinen neuen Film Reklame machen, Steinkühlers

"verbales Bekenntnis für den Erhalt des Standortes nimmt niemand ernst", und "die fast komplett anwesende Düsseldorfer Regierungsmannschaft, die an einem Gleitflug, an einer weichen Landung für die Rheinhausener Stahlkocher pusselt, schwieg sich über mögliche sozialdemokratische Initiativen gänzlich aus".

Offensichtlich sind die Ruhrarbeiter - blöder als der pfiffige "taz"-Schreiber - bei solchen Betreuern dennoch gut aufgehoben.

10

15

20

25

30

35

40

Gefahr für die Solidarität droht von anderer Seite, von Trittbrettfahrern, die bei der guten Sache, über die "taz" so abgeklärt hämisch berichtet, nichts zu suchen haben:

"Revolutionstouristen nerven Stahlkocher... Zwar versicherten viele Betriebsräte, Politiker der Grünen und der DKP ihre Unterstützung, aber der Auftakt für diese Aktion ging gehörig daneben. Ein Verdienst von ein paar Dutzend 'Revolutionstouristen', die in Rheinhausen zunehmend zum Problem werden... Deren Akteure, die im Stile von religiösen Eiferern gleich dutzendfach in Rheinhausen zum Mikrophon drängen, um alles, was unterhalb der sozialistischen Revolution an politischem Kampf diskutiert wird, zu verdammen, sind dabei, die bisher in Rheinhausen gepflegte Liberalität zu beenden." (25.1.)

Im Namen der Betroffenen dafür einzutreten, daß nur diejenigen, die dazu die Macht haben, mit ihnen so umspringen können, wie sie wollen, und deswegen gegen jede Kritik zu hetzen, wie es ein Strauß nicht besser könnte, das erfüllt für die "taz" den Tatbestand kritischer und linker Berichterstattung. "Religiöses Eiferertum" kann sie dagegen bei einem Pfaffen, wenn er aus der Not der Arbeitslosen eine einzige Quelle der Tugend macht, nicht entdecken:

"Da ist es geradezu eine Erholung, wenn ein echter Pastor das Wort ergreift." Es gilt eben, die Arbeiter vor verantwortungsloser Agitation zu schützen.

Verantwortliche Agitation geht nämlich ganz anders - indem man den Stahlarbeitern vorwirft, sie hätten eigentlich keinen einzigen Grund zur Beschwerde: Nicht aus Not, sondern weil es ihnen zu gut geht, nehmen sie sich etwas heraus; das können sie, weil der Staat und das Kapital überholten Materialismus und Anspruchsdenken auf Seiten der Entlassenen befördern und bedienen. Ganz jenseits dessen, was selbst noch in der bürgerlichen Presse über Rheinhausen vermeldet wird, macht das "taz"-Auge im Ruhrgebiet nur noch den Gegensatz: veraltet-grau gegen grün-modern, aus und bleibt keinen reaktionären Spruch schuldig:

"Ein phosphorgrünes Plakat, Rheinhausen muß leben! Erhalt aller Stahlstandorte! IG-Metall, über dem Schriftzug die Zeichnung einer Industrielandschaft, Türme, Kräne, Kessel, Schlote, und dieses Idyll bringt mal wieder den Impuls: Das Reaktionäre, ewig Gestrige, geistig und moralisch voll im 19. Jahrhundert Verhaftete kulminiert heute in den Gewerkschaften... Findet sich in der ganzen Verteilungskampfarmee DGB denn keiner, der hinter seinem Funktionärsarschgesicht in 35 Wochenstunden auch nur einen Gedanken entwickelt, der hinausgeht über das 150 Jahre alte Gezerre und Gezeter um die Herstellung von Edelstahlzahnstochern mit Sollbruchstelle zwecks Arbeitsplatzsicherung...

Einfalt regiert im Aufruhrgebiet - von Kohl über Breit bis hin zu vollgefressenen Video-Besitzern, die die Autobahn blockieren und jammern, als lebten sie in der Sahel-Zone oder in Kalkutta dabei soll ihnen eigentlich nur die dumpfe Maloche in einem Stahlwerk erspart bleiben und dies bei

einem Lohnausgleich, nach dem sich 3 Milliarden Menschen Finger und Füße lecken. Nebenjobs und Schwarzarbeit inclusive!" (12.2.)

Wenn jemand unuerwüstlich an alle Lügen glaubt, die von den Veranstaltem des Rührstücks Rheinhausen ausgegeben worden sind, dann die "taz", die aus ihnen einen Vorwurf an die Arbeiter und die Gewerkschaft drechselt: Ausgerechnet die Gewerkschaft soll bei den Proleten ein überholtes Anspruchsdenken, nämlich das Streben nach Maloche, Zaster und Konsumterror erzeugt haben und sie damit von ihrer eigentlichen grünen Natur abbringen. Wenn der Arbeiter in das Werk Rheinhausen geht, so nicht, weil er vom Lohn seiner geschäftsmäßigen Benutzung leben muß und sonst kein anderes Mittel hat, sondern weil er ein verbohrter Liebhaber seiner Maloche und Fanatiker einer veralteten Industrielandschaft ist. Wenn seine Gewwkschaft Tarife so aushandelt, daß kein Geschäftsinteresse der anderen Seite darunter leidet, dann macht sie sich zum Handlanger und Verführer ihrer Mitglieder, die in ihrem Materialismus den Video- und Schwarzarbeits-Hals nicht vollkriegen können. Ausbeuten, benutzen und entlassen tut das Kapital seine Mannschaft wirklich nur, weil es nichts anderes als Arbeitgeben im Sinn hat. Für die Befreiung aus dieser Solidargemeinschaft der materiellen Befangenheit hält die "taz" den Wohlstandsarbeitern von Rheinhausen das Hungerelend aus aller Welt und die gesammelten Arbeitslosen und Sozialfälle der BRD als beschämenden Vergleich und als nachahmenswertes Vorbild entgegen. "Das deutsche Volk ist verwöhnt" - diesmal nicht aus dem Mund des Kanzlers, sondern aus der alternativen Redaktionsstube

Kein Lichtblick aus Managua

5

10

15

20

25

30

35

40

Nicaragua wird mit oder ohne Verhandlungen ruiniert. Daß dem Land und seinen Bewohnern die Lebensmittel fehlen, das normale Leben zusammengebrochen ist und das nackte Überleben angesagt ist, ist der "taz" jeden Stimmungsbericht, aber keine Erklärung wert. Die liegt nämlich auf der Hand angesichts der Mühsale, die schreibende westdeutsche Drittwelt-Stimmungskanonen dafür aufwenden müssen, um vor Ort ihren Bericht in den Fernschreiber zu bekommen über die Schwierigkeiten, ein Taxi aufzutreiben, und über ihr Leiden an der Stromabschaltung:

"Natürlich bedarf dies alles einer Erklärung: Es herrscht Krieg im Land und Devisenmangel; es gibt einen Handelsboykott und Ersatzteilmangel. Doch bleibt dem Schreibenden keine Zeit für lange Explikationen. In zwei Stunden geht nämlich das Licht aus. Und ohne Strom keine Textübertragung. Zwei Stunden muß man schon einrechnen, um eine Leitung zu kriegen. Also tschüß, ich wähle mir jetzt mal die Finger wund." (11.2.)

Warum sollte die "taz" auch unbegabtere Journalisten hervorbringen als jede andere bürgerliche Zeitung. Ihr Nicaragua-Korrespondent kann sich gut mit einem Scholl-Latour vergleichen, dem das Verbrechen des Vietnamkriegs einst am Verlust seiner Schreibmaschine in Saigon aufgegangen ist.

Um Hoffnung für Nicaragua ist das alternative Blatt nicht verlegen. Die sitzt in Washington, wo die Pfeife Reagan ein ums andere Mal vom Kongreß ausgebootet wird:

"Die Contras werden in Zukunft wohl ohne Waffenhilfe aus Washington auskommen müssen" -;

und bei so friedlichen Nationen wie der BRD, die Ortega sicher im Griff haben:

"Nicaragua ist auf Wirtschaftshilfe aus Europa angewiesen und würde sich hüten, die Regierungen durch Vertragsbruch zu brüskieren."

Also, tschüß dann...